handelt, nur den Einzelnen, das Individuum zu erblicken vermag, dessen Verluste er zwar schmerzlich beklagt, aber nicht lindern will. Daß bei einer so grundverschiedenen Auffassung der Sachlage keine Verständigung erzielt werden konnte, ist klar. Der Minister selbst wird übrigens schwerlich erwartet haben, daß seine Gründe irgendwelchen Eindruck auf die Abordnung machen würden, denn den besten Grund, den triftigsten, konnte er ja doch nicht aussprechen, dieser ist einfach die politische und soziale Machtstellung unserer aristokratisch-agrarischen Kreise. So war denn die Audienz von vornherein nur als eine Schaustellung zu betrachten — um das harte Wort Komödie zu vermeiden — und es ist nur bedauerlich, daß die preußische Regierung sich immer mehr in den Bannkreis der kleinen, aber mächtigen Partei einzwängen läßt, die noch dazu gar nicht geneigt ist, sich in irgend einer Hinsicht dankbar dafür zu erweisen, wie dies z. B. die kühle Haltung der „Deutschen Tageszeitung“ in bezug auf die bevorstehende Wehrvorlage deutlich dartut.

Eine andere Seite des Falles Kossak.

Die Darstellung der Angelegenheit des Sanitätsunteroffiziers Kossak, der an dem Tode eines Negers schuld sein sollte, ist mit anerkennenswerter Pünktlichkeit rektifiziert worden. Aus dem betr. Artikel der „Kol. Zeitschrift“, die auf den Fall zuerst hingewiesen hat, müssen wir aber noch einen Passus hervorheben, weil er von prinzipieller Bedeutung ist. Er lautet:

„Die Kolonialabteilung ist von Anbeginn an bemüht gewesen, dem Groenewald (den Kossak angezeigt hatte) zu seinem Rechte zu verhelfen. Im ganzen sind von ihr u. a. fünf Aufforderungen erlassen worden, den von dem Leutnant von Stempel über Groenewald verhängten Boykott aufzuheben. Die ausübenden Organe im Schutzgebiet, darunter auch der Gouverneur Leutwein, haben aber den klaren Anordnungen ihrer vorgesetzten Behörde keine Beachtung geschenkt. Nachdem endlich auf Befehl der Kolonialabteilung die Militärverwaltung von Bethanien aus Anlaß ihrer Verfehlungen in eine Zivilverwaltung umgewandelt worden war, erhielt von Stempel in Windhuk das Ehrenamt eines persönlichen Adjutanten des Gouverneurs.“

Auch hierüber ist eine bündige Aufklärung dringend nötig, denn man gewinnt aus dieser Darstellung den Eindruck, daß die Instanzen, die miteinander arbeiten sollten, gegeneinander arbeiten und daß zwischen den heimischen und den überseeischen Behörden ein schroffer Gegensatz besteht. Sollten sich die Angaben der „Kol. Zeitschrift“ bestätigen, so wäre dies ein neuer Beweis, daß die Organisation unpraktisch ist und von Grund aus geändert werden muß, um eine einheitliche Kolonialpolitik herbeizuführen.

Nochmals die Hibernia.

Die Offiziösen hatten für den Ankauf der Hibernia nach und nach verschiedene Motive ins Feld geführt. Erstens, hatten sie gesagt, standen Fusionen bevor, die einigen wenigen Gesellschaften oder Persönlichkeiten die Diktatur auf dem Kohlenmarkte sichern sollten und die Regierung zum Einschreiten nötigte. Darauf erwiderten die Interessenten der anderen Seite, daß die geplanten Fusionen keineswegs diesen Charakter getragen hätten, sondern nur die Herstellung eines besseren Gleichgewichtes zwischen den Kohlenbergwerken im Besitz von Hüttenwerken und den freien Zechen bezweckten. Zu entscheiden, wer hier Recht hat, die Regierung oder die Gesellschaften, ist nicht möglich. Vielleicht war das Mißtrauen der Regierung berechtigt, vielleicht auch nicht. Ferner war erklärt worden, die Regierung müsse sich einen Einfluß auf den Preis sichern, selbstverständlich im Sinne der Mäßigung. Darauf wird erstens erwidert, daß man von diesem mäßigenden Einfluß im Saarrevier nicht das Geringste bemerkt habe und daß dem Fiskus nach seiner Vergangenheit leider immer wieder vorgehalten werden müsse, daß schon Friedrich Wilhelm der Vierte ihn für einen „Racker“ erklärt habe und eine Besserung seitdem nicht wahrzunehmen sei. Ferner behaupten die Gegner der Regierung, bei Neugründung des Kohlensyndikats sei dem Handelsminister das Angebot gemacht worden, ihm ein Vetorecht gegen Preiserhöhungen zu garantieren, wenn der Fiskus dem Syndikat beitrete. Diese Behauptung wird jetzt von den „B. P. N.“ dementiert, aber in Bezug auf Dementis ist ein heftiger Kurssturz eingetreten und wir zum Mindesten sind nicht geneigt, der Auslassung der „B. P. N.“ z. B. allzugroßen Wert beizumessen. Der Artikel läßt auch die Hauptfrage ganz unberührt, ob denn wirklich nach dem Syndikatsvertrage der Vertrieb der Hibernia-Kohlen bis 1915 allein dem Syndikat zusteht, so daß es der Regierung ganz unmöglich wäre, irgend einen Einfluß auf die Syndikatspreise auszuüben. Es ist eben schlimm, wenn man über grundlegende Fragen des wirtschaftlichen Lebens alle sechs Monate seine Ansicht ändert. Dadurch erklärt es sich, daß niemand an die feierliche Versicherung glauben will, eine Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues sei nicht bezweckt. Bis vor ganz kurzer Zeit hatte die Regierung kategorisch erklärt, der Ankauf weiterer Unternehmungen sei nicht beabsichtigt und über Nacht kam das Hiberniaprojekt. Wer steht dafür, daß nicht binnen kurzem der Wind sich dreht und der Staat sich zu der Absicht bekennt, die er jetzt verleugnet. Erklärt doch schon die zur Verstaatlichung drängende „Kreuzzeitung“ mit beifälligem und diskretem Schmunzeln, „vorläufig müsse man noch schweigen.“ Außerdem hat die Taktik, die Herr Möller eingeschlagen hat, um die Hibernia an sich zu bringen, nicht gerade dazu beigetragen, das Vertrauen in seine Erklärungen zu befestigen. Er ist nicht offen vorgegangen, weil er dies für taktisch unrichtig hielt und vor allen Dingen einen Erfolg haben wollte. Nun sagen die beteiligten Kreise, dennoch ist es auch nicht unmöglich, daß weitergreifende Pläne zunächst geheim gehalten werden, weil ihre Durchführung vielleicht erschwert würde, wenn man sich öffentlich zu ihnen bekennen wollte. Das Eine kann jedenfalls schon heute gesagt werden, daß der Kampf um die Hibernia sich nicht dem Ende nähert, sondern erst in seinen Anfängen steht und daß die Regierung, wenn sie die Sympathien der öffentlichen Meinung für großangelegte Pläne gewinnen will, klüger tun würde, ihre Absichten rückhaltlos zu enthüllen. Das hat seiner Zeit auch Bismarck getan. So wie die Dinge jetzt liegen, weiß man nicht, was die Regierung will und kann zur Sache nicht Stellung nehmen. Ist wirklich nichts beabsichtigt, als der Ankauf der Hibernia, so ist es noch nicht sicher, ob diese Maßregel, selbst wenn sie sich durchführen läßt, die angegebenen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ziele erreicht. Arbeitet die Regierung aber in der Tat auf die Gesamtverstaatlichung hin, so sollte sie es offen aussprechen; trotz mancher Einwände hätte sie sich eines derartigen Planes nicht zu schämen und könnte den Gedanken mit gutem Gewissen vor der Oeffentlichkeit vertreten. Ja, es ist wahrscheinlich, daß ihr gerade dadurch ein stärkerer Rückhalt erwüchse.

Die polnische Schulfrage.

Der „Tag“ bringt folgende Statistik über die Volksschulen in der Provinz Posen:

Im Kreise Pleschen, Provinz Posen, waren im vergangenen Schuljahre von 58 ländlichen Schulen 16 nicht vollständig mit Lehrern besetzt. Zwei Schulen mit 77 bezw. 110 Kindern hatten überhaupt keine Lehrkraft. In 10 Schulen mußten wegen Ueberfüllung sämtliche schulpflichtig gewordenen Kinder zurückgewiesen werden, es waren 352, und in 9 anderen Schulen konnte die Aufnahme der angemeldeten Kinder nur teilweise geschehen. Im ganzen Kreise wurden 572 Schüler wegen Raummangels auf ein Jahr vom Unterricht zurückgestellt. Für diese Kinder steht also die gesetzliche achtjährige Schulpflicht nur auf dem Papier! In Bismarckdorf kamen 164, in Borula 180, in Brzezin 190, in Droszew 151, in Bronischewitz 180, in Golochow 202, in Grudzielec 221, in Lucharty 170, in Sobotka 190 Kinder auf einen Lehrer! Ein anderer Kreis: Der Königliche Kreisschulinspektor des Kreises Gostyn, Posen, macht auf der amtlichen Kreis-Lehrerkonferenz über die Schulverhältnisse des Kreises folgende Mitteilungen: Die 7146 Schulkinder des Bezirkes werden in 118 Klassen von 37 Lehrern unterrichtet. Auf einen Lehrer kommen also im Durchschnitt mehr als drei Klassen. Doch sind außerdem noch sieben Lehrerstellen unbesetzt. In 13 Fällen sind einem Lehrer weit über 100 Kinder zugewiesen. In Passakowo kommen auf einen Lehrer 130, in Zalesie 160, in Ciolkowo 150, in Grabonog 144, in Aliskrölen 135, in Sulkowice 134, in Ziemo 131, in Kokoszewo 137 Schüler. Im Schuljahre 1903/4 sind aus dem Regierungsbezirk Posen allein 28 Lehrer nach den westlichen Provinzen Preußens ausgewandert. Und die Folgen?

Eine Antwort gibt die amtliche Statistik über die preußischen Zuchthäuser. Von den auf das Jahr 1902/1903 entfallenden 5000 Zuchthäuslern war ein Fünftel polnischer Abstammung, während die Polen nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl nur etwa ein Zehntel zu stellen hätten.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß an eine Germanisierung der Provinz nicht zu denken ist, wenn die Schulverhältnisse nicht durchgreifend verbessert werden, aber der preußische Kultusminister erklärt es für „Uebertreibung“, wenn er im Landtag auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht wird, für die doch kaum noch eine parlamentarische Bezeichnung zu finden ist. Dabei betrachtet die Staatsregierung bekanntlich die „sorgsame Pflege und den stetigen Ausbau der Schulen als Hauptmittel zur Förderung des Deutschtums“.

Deutsches Reich.

Leipzig, 20. August.

* **Wann endlich?** fragt die „Dtsch. Tageszig.“ mit Recht angesichts der noch immer fehlenden amtlichen Aeußerung zur Mirbach-Angelegenheit und führt dann nach einiger Selbstbeweihräucherung fort:

„Die publizistische Pflicht hat es mit sich gebracht, daß auch sie (die ernste Presse. Red.) immer und immer wieder auf die Angelegenheit des Oberhofmeisters zurückkommen mußte. Wann endlich wird sie dieser wenig angenehmen Pflicht überhoben sein? Wann endlich wird die peinliche und immer peinlicher werdende Angelegenheit aus der Welt geschafft werden? Es ist schier unbegreiflich, daß man nicht einzusehen scheint, wie bedenklich das Abwarten in einem solchen Falle ist. Mindestens sollte man sich doch etwas mehr beeilen, Mitteilungen richtig zu stellen, die, wenn eine Richtigstellung nicht erfolgt, Unheil anrichten müssen. Die Meldung des „Leipz. Tageblatts“, daß der Minister des Innern das Ausschreiben des Oberhofmeisters an die Oberpräsidenten dienstlich unterstützt habe, ist bis heute noch nicht dementiert worden. Dadurch bringt man das Volk geradezu auf den Gedanken, daß etwas dahinter stecken müsse, und man desavouiert gewissermaßen diejenigen Blätter, die wie wir die Mitteilung von vornherein als Fabel gekennzeichnet hatten. Mit der vornehmen Ignorierung der Oeffentlichkeit läßt sich heute nichts mehr machen. Das ist vielleicht bedauerlich, aber es läßt sich nicht ändern. Das kühle Gehen- und Geschehenlassen ist in diesem Falle das allerbedenklichste Mittel. Wann endlich wird das eingesehen werden? Wann endlich werden die Konsequenzen aus solcher Einsicht gezogen werden? Wann endlich?“

Dafür schreibt dem Agrarierorgan das „B. T.“ folgende Wahrheiten ins Stammbuch:

Wir müssen es unsererseits sehr leichtfertig nennen, daß die „D. Tageszig.“ die Meldung eines Blattes wie das „Leipziger Tagebl.“ ohne weiteres als Fabel bezeichnet, wenn sie darüber gar nicht informiert ist. Es scheint uns vielmehr den Aufgaben einer „ernsten“ Presse zu entsprechen, daß sie mit ihrem Urteil über Behauptungen, die sie nicht kontrollieren kann, zurückhält und eine Aufklärung von kompetenter Seite erwartet. So kommt es denn, daß ein solches . . . Blatt geradezu flehentlich bitten muß, daß der auf Vorschuß gerechtfertigte Minister ihm doch nur ja recht geben möge. Davon abgesehen aber stimmen wir der „D. Tageszeitung“ zu, daß sich mit der Ignorierung der Oeffentlichkeit heute nichts mehr machen läßt.

❋

Berlin, 20. August.

* **Zum Lohnkampfe im Baugewerbe.** In mehr als 60 Orten unseres deutschen Vaterlandes befinden sich die Maurer im Lohnkampfe, teils sind es Sperren, teils Streiks. Die Provinz Sachsen und die Rheinprovinz sind am meisten von diesen Streiks und Aussperrungen betroffen. In einzelnen Städten zieht sich dieser Lohnkampf schon Wochen hin und ungezählte Summen werden verschlungen. Den Unternehmern ist es zum größten Teile geglückt, fremde Arbeiter (Böhmen und Italiener) heranzuziehen; in den Reihen der Streikenden hat der Wankelmut seinen Einzug gehalten, überall gibt es sogenannte Streikbrecher. Schon heute läßt sich sagen, daß dank dem Zusammenhalten der Arbeitgeber der Kampf im Baugewerbe zu ihrem Gunsten entschieden ist. Die Maurer haben große pekuniäre Opfer gebracht, die Agitatoren haben aus den Arbeitern herausgepreßt, was herauszupressen war. In der Woche vom 2. bis 8. August sandten an die Hauptkasse die Maurer Frankfurts a. M. 7948 ℳ, die von Wiesbaden 1881 ℳ, von Hannover 2000 ℳ, von Danzig 1200 ℳ, von Dortmund 1000 ℳ. In der Woche vom 9. bis 15. August sandten die Maurer Berlins 24 437 ℳ, von Essen 1000, von Köln 1200, von Mannheim 1400, von Kiel 1600 ℳ. Aller dieser Opfermut mußte aber vergebens sein, denn die Streiks waren meistens in frivolster Weise unternommen, die Maurer waren stellenweise mit so hohen Lohnforderungen gekommen, daß die Arbeitgeber Geld zugesetzt hätten, wenn sie darauf eingegangen wären. Gewiß haben die Unternehmer auch schon Verluste erlitten, aber sie haben sich tapfer ihrer Haut gewehrt, und das wird von heilsamen Folgen sein. In den Kreisen der Arbeiter macht sich immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß man sich vor leichtfertigen Streiks hüten müsse; es sei heute nicht mehr möglich, das Arbeitgebertum über den Haufen zu rennen. Hoffentlich reift sich diese Erkenntnis noch weiter aus, und wir kommen dann zu gesunden Zuständen (Tarifverträgen) im Baugewerbe.

* **Erhebungen über Kinderarbeit.** Gegen die Fassung des Fragebogens für die am 15. November stattfindenden Erhebungen über Kinderarbeit äußert die „K. Ztg.“ mehrfache Bedenken. Sie schreibt:

Wenn . . den Lehrern zugemutet wird, für sämtliche Kinder festzustellen — und zwar getrennt nach der Zeit vor dem 29. Februar und nach dem 29. Februar —, wie viele davon 4 Wochen und weniger, mehr als 4 bis 13 Wochen, mehr als 13 bis 26 Wochen, mehr als 26 Wochen entweder im Haushalt oder in der Landwirtschaft beschäftigt waren, und wenn ferner vom Lehrer verlangt wird, anzugeben, wie viele Kinder innerhalb dieser vier Zeiträume bis drei Tage oder über drei Tage und an den einzelnen Tagen bis zu drei Stunden oder über drei Stunden beschäftigt waren, so dürften derartige Anforderungen an den Lehrer das zulässige Maß überschreiten. . . . . . Es liegt zugleich darin die nicht abzuleugnende Gefahr, daß sich manche weniger gewissenhafte Lehrer oder solche, denen es an der erforderlichen Zeit für die Verarbeitung des auf Grund der Befragung der einzelnen Kinder gewonnenen Urmaterials fehlt, sich mit oberflächlichen Schätzungen begnügen werden, bei deren Bemessung im einzelnen die politische Parteizugehörigkeit des Lehrers eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen wird. Der Verwaltungsbehörde aber — und darin liegt das wichtigste Bedenken gegen das in Aussicht genommene Erhebungsformular — fehlt jegliche Handhabe und Möglichkeit zu einer auch nur oberflächlichen Nachprüfung der Richtigkeit der ausgefüllten Fragekarten. Die erwähnten Bedenken könnten dadurch wesentlich beseitigt werden, daß das vom Reichsamt des Innern ausgegebene Erhebungsformular lediglich im Kaiserlichen Statistischen Amt als Zusammenstellungstabelle benutzt und daß für den Gebrauch durch die Lehrer am 15. November eine neue, aber vereinfachte und allgemeinverständliche Fragekarte ausgegeben würde, in der die unter die Erhebung fallenden Kinder sowie die Arbeitgeber, bei denen die Kinder gegen Entgelt beschäftigt sind, nach Vor- und Zunamen, für jedes Kind unter genauer Bezeichnung der von ihnen geleisteten Arbeiten, aufzuführen wären.

* **Hofnachrichten.** Das kaiserliche Hoflager zu Schloß Wilhelmshöhe wird nach den bis jetzt getroffenen Anordnungen des Kaisers mit dem 24. d. Mts. aufgehoben werden. Am 25. gedenkt das Kaiserpaar wieder im Neuen Palais bei Potsdam einzutreffen.

— Im nächsten Postetat wird die Bewilligung einer ganzen Reihe höherer Stellen beantragt werden, was durch die Entwicklung des Verkehrs gerechtfertigt erscheint. Außerdem liegt es in der Absicht der Verwaltung, im neuen Etatsjahre auch diejenigen Ortsaufsichtsbeamten bezw. Kassiererstellen, die es noch nicht sind, in höhere Stellen umzuwandeln.

— Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister Dr. Graf v. Posadowsky, hat seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Berlin zurückgekehrt.

— Admiral v. Tirpitz, der Staatssekretär des Reichs-Marineamtes, hatte am 18. d. Mts. an den Kaiser von Rußland folgendes Telegramm gesandt: „Eurer Majestät beehre ich mich die ehrerbietigsten Glückwünsche der Kaiserlich deutschen Marine zur Geburt eines Thronfolgers zum Ausdruck zu bringen.“ Darauf hat jetzt der Zar telegraphisch geantwortet: „Danke herzlichst der Kaiserlich deutschen Marine für die mir dargebrachten Glückwünsche. Nikolaus.“

— Personalien. Der Minister für Landwirtschaft v. Podbielski ist aus Pommern in Berlin wieder eingetroffen. Der Kriegsminister Generalleutnant v. Einem, der seit einigen Tagen am kaiserlichen Hoflager in Wilhelmshöhe bei Kassel weilte, ist nach Berlin zurückgekehrt. Der mecklenburg-schwerinische Staatsminister Graf v. Bassewitz-Levetzow hat sich von Berlin nach Schwerin zurückbegeben. Fürst Radolin, der deutsche Botschafter in Paris, ist mit seiner Familie auf Schloß Jarotschin eingetroffen, wo er seinen Sommeraufenthalt zu verbringen gedenkt.

❋

* **Kiel**, 19. August. Der Großherzog von Hessen trifft anfangs September zu einem längeren Besuch auf Hemmelmark ein. Prinz und Prinzessin Heinrich werden ihren Aufenthalt auf dem Sommersitz bis zum Eintritt der kalten Witterung verlängern.

* **Swinemünde**, 19. August. Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha ist mit Gefolge von Berlin hier eingetroffen. Der Herzog gedenkt morgen vormittag einer See-Schießübung des dortigen Fuß-Artillerie-Bataillons beizuwohnen und abends mit der Bahn nach Besichtigung der Strandanlagen nach Berlin zurückzukehren.

* **Braunschweig**, 20. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Vaterl. Volksztg.“ verbreitet folgende Meldung:

„Die Braunschweigische Regierung hat sich an den Bundesrat in einer Denkschrift gewendet, worin sie sich über die Form der Thronbesteigung des neuen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, Adolf Friedrich, beschwert. Sie weist darauf hin, daß ein Bundesfürst auch Mitträger der Reichsgewalt sei, dies aber nur durch die Anerkennung und Zulassung von seiten der übrigen deutschen Fürsten werden könne, wie der Fall Braunschweig bewiesen habe. Die Thronbesteigung des Königs Georg von Sachsen und des Herzogs Friedrich von Anhalt habe die Braunschweigische Regierung nicht zum Anlaß einer Appellation an den Bundesrat machen wollen. Anders liege der Fall in Mecklenburg-Strelitz. Zwar habe der jetzige Großherzog bei der ersten Gelegenheit seine Reichstreue deklariert, es könne aber der üble Anschein nicht ausbleiben, als ob eine deutsche Landesregierung geneigt sei, den ihrer Souveränität durch die Verfassung des Deutschen Reichs unter gemeinschaftlicher Zustimmung angelegten Fesseln sich wieder zu entziehen, und es müsse ferner die Desavouierung der Braunschweigischen Regierung und ihres bei dem letzten Thronfall eingeschlagenen Verfahrens lebhaft beklagt werden. Die braunschweigische Regierung wolle einen bestimmten Antrag nicht stellen, sie erachte es aber als ihre

---

„Schweige und geh'!“ befahl sein Herr barsch. Lautlos ging der Diener wieder fort.

Der warme Schein der Lampe machte den eleganten Salon des Vicomte Andrés etwas behaglicher und wohnlicher, aber die Gedankenrichtung des Vicomte wurde immer finsterer und gespenstischer, wie die Schatten da draußen vor der Terrasse, wo Bäume und Sträucher im Winde hin- und herfuhren und der Lichtschein aus den Fenstern tiefe Schatten machte.

Was würde nun werden? fragte er sich. So lange der Senator de Blois lebte, würde vielleicht das Aergste abgewandt werden, aber Herr de Blois war ein alter Mann, und nach dem natürlichen Verlauf der Dinge würde Florence mit ihrer Mutter eines Morgens hülf- und schutzlos in der weiten, mitleidslosen Welt dastehen, eine Beute der ersten besten. Er sah sie kränklich und hüstelnd im leichten Schuhwerk durch die kalten, nassen Straßen eilen, die große Pappschachtel der Konfektioneuse am Arm — ums liebe Brot! Hinausgestoßen in das Ungewisse des täglichen Erwerbs, auf die Straße geschleudert, ein Spielball der Launen aller, preisgegeben den Unflätereien jedes Straßenlümmels — die zarte, vornehme Florence!

Ein Zittern überlief ihn. Es gab ja Hunderte und Tausende junger Mädchen, die den Kampf ums Dasein in dieser Weise führen mußten, aber sie waren durch Erziehung und Herkommen besser dazu ausgerüstet, wußten es gar nicht anders, hatten nicht in der Toilette gewohnt, verwöhnt und verzogen von allen Seiten. Arm sein ist nichts im Vergleich zum arm werden.

Und wenn dann doch einmal Jugendlust und Drang zum Leben in dem armen Geschöpfchen durchschlug, das natürliche Gefühl des Weibes sich geltend machte, welches Zerrbild ergab sich! Welches Sklavenleben der Liebe im Sumpf der Weltstadt! Wie verwandelten sich da alle besseren Blüten der Menschen, Liebe, Hingabe, Aufopferung, in die cynischen Fratzen des Lasters, in das Gift des Daseins! Andrés stöhnte laut auf.

„Herr Vicomte!“ hörte er plötzlich hinter sich sagen, und als er ärgerlich herumfuhr, sah er wieder seinen Diener im Zimmer stehen. Er hatte ihn nicht eintreten hören, so sehr war er von seinen trüben Phantasien in Anspruch genommen. „Was willst du schon wieder?“ fragte er zornig.

„Ich bitte um Verzeihung, Herr Vicomte, eine Dame wünscht Sie zu sprechen“, antwortete der Diener.

Andrés sprang überrascht auf.

„Eine Dame! Was für eine Dame?“

„Sie ist tief verschleiert und wollte ihren Namen nicht sagen, Herr Vicomte — — da ist sie.“

In der Tür erschien eine in tiefes Schwarz gekleidete, dicht verschleierte Dame. Andrés hätte, auch wenn er über den unerwarteten und sonderbaren Besuch nicht so erstaunt gewesen wäre, nicht unterscheiden können, wen er vor sich hatte. Nur so viel sah er, daß die Dame noch jung war, denn Gestalt und Bewegungen waren jugendlich, wenn auch müde und abgespannt, vielleicht gar krank.

„Verlaß uns!“ sagte er zu seinem Diener, und als er mit der Dame allein war, machte er eine höflich einladende Bewegung, Platz zu nehmen, blieb aber selbst stehen. Auch die Dame schien die Einladung übersehen zu haben. Sie blieb an der Tür, die der Diener wieder hinter sich geschlossen, stehen und lehnte sich müde an den Türpfosten. Andrés hörte sogar einen schweren Seufzer, und einen Augenblick dachte er sogar, sie würde in Ohnmacht fallen.

„Bitte, Madame, nehmen Sie Platz“, sagte Andrés endlich, als er sich von seiner Ueberraschung erholt, „Sie sind im Hause eines Edelmannes. Wer Sie auch sind und was Sie auch hierher führt, ich bin zu Ihrer Verfügung.“

Die Dame hob den Arm, um ihren Schleier zurückzuschlagen. Dabei sah André, daß sie in der anderen Hand eine Mappe oder etwas Aehnliches trug. Gleich darauf sah er in ein totenbleiches, schmerzdurchzucktes, aber rührend schönes Antlitz.

„Florence!“ schrie Andrés erschrocken auf und stürzte auf sie zu. Sie machte eine bittende, abwehrende Bewegung.

„Bitte, Herr Vicomte“, sagte sie leise und zitternd, „machen Sie mir das Geschäft, das mich zu Ihnen führt, nicht noch schwerer, als es schon ist. Bleiben Sie dort und lassen Sie mich hier stehen.“

Andrés sah sie einen Augenblick stumm und erstaunt an, dann faßte er sie entschlossen an der Hand und führte sie nach einem Sessel.

„Was soll das alles heißen, Florence?“ fragte er dann. „Was ist geschehen? Bin ich nicht mehr, was ich war, daß du mich mit „Herr Vicomte“ anredest?“

Sie sah ihn mit ihren großen, dunklen Augen sanft und weich an, dann überfiel sie aber wieder ein schmerzliches Zucken und Stöhnen und sie weinte ihre bittersten Tränen.

Nun wurde er geschäftig, lief um sie her, machte ihr kleine Handreichungen, um es ihr bequem zu machen, und plauderte in einem möglichst leichten Tone auf sie ein, als ob er mit einem Kinde spräche, das er beruhigen wolle.

„Ich will dir Tee machen lassen, Florence. Mein Gott, wie du bleich und frostig aussiehst. Lege deinen Mantel und Hut ab. Mache dir's bequem. Du bist doch bei mir. Wozu denn die Komödie? Laß nur das jetzt. Wir reden später einmal von deinem sogenannten Geschäft. Jetzt wollen wir plaudern. Ihr habt mich gewiß heute abend erwartet. Ich habe mir die bittersten Vorwürfe gemacht. Aber es ging nicht anders. Ein langweiliger Besuch, den ich doch nicht abweisen durfte, hat mich eben erst verlassen. Du dachtest wohl, ich amüsierte mich und wolltest mich überraschen? Ach, du lieber Himmel — —“

Dabei nahm er ihr Hut und Mantel ab, legte ihr ein Kissen in den Sessel, damit sie bequem saß, brachte ihr einen kleinen Handspiegel und legte die Mappe, die sie trug, auf den Tisch. Plötzlich, als er ihr nahe war, schlug sie mit einem wilden, zitternden Aufschrei die Arme um den Hals und küßte ihn mit fieberheißen, zuckenden Lippen auf Stirn und Augen.

„Einmal, Andrés, laß mich glücklich sein, nur eine kurze Sekunde“, stöhnte sie dabei, „nur einmal! Dann komme, was mag.“

Er legte den Arm zärtlich um sie und küßte sie wieder.

„Mein Gott, wie du bist, Florence“, flüsterte er. „Was hast du vor? Was sprichst du nur? Einmal? Ei was, mein ist mein. Glaubst du, ich wüßte nicht, was das heißt?“

Er drückte sie sanft an sich, da riß sie sich wieder zuckend los und floh vor ihm auf die andere Seite des Tisches. Nach Atem ringend, die Hand aufs Herz gepreßt, stand sie eine Weile still, während er sie erstaunt betrachtete.

„Gott wird mir verzeihen. Er weiß ja, was ich leide“, schluchzte sie leise. Dann griff sie nach der Mappe, schloß sie mit zitternden Händen auf und schob sie ihm zu. „Hier, Herr Vicomte, das ist der Ersatz dessen, was Ihnen mein Vater — — veruntreut hat“, fuhr sie herb und mit einer trotzigen Entschlossenheit fort. „Ich weiß nicht, ob die Summe stimmt, ich weiß nur, daß das alles ist, was ich Ihnen momentan zu bieten habe.“

Er sah sie sprachlos an.

„Nehmen Sie nur, Herr Vicomte“, drängte sie ihn. „Es ist Ihr Eigentum. Mein Vater hat es mir gestern Nacht übergeben — für Sie. Er meinte freilich, der törichte Mann, es solle meine Mitgift sein. Er glaubt noch immer, daß die Tochter eines Betrügers und Bankerottierers mit einem Vicomte de Saint-Bon irgend etwas gemein haben könne. Ich gebe es Ihnen, als Ersatz dessen, was Ihnen gehört und was Ihnen mein — — Vater veruntreut. Zählen Sie nach, Herr Vicomte, bitte, und geben Sie mir der Ordnung wegen — — eine Quittung.“

(Fortsetzung folgt.)